

17. November 2020



Liebe Leserinnen, liebe Leser,

die Wahl von Joe Biden und Kamala Harris in den Vereinigten Staaten von Amerika auf der einen Seite, oder die Nachricht vom wirksamen Impfstoff der Firma Biontech auf der anderen Seite, geben Zuversicht in einer zunehmenden "Corona-Müdigkeit".

Doch wir dürfen uns nicht täuschen lassen: Auch ein wirksamer Impfstoff führt nicht unmittelbar dazu, dass ein Corona-freier Alltag in nächster Zukunft zu erwarten ist. Nach wie vor muss die Pandemie mithilfe von gezielten Maßnahmen eingedämmt werden. Ministerpräsident Armin Laschet hat deshalb vor zwei Wochen den "Monat der Entscheidungen" ausgerufen. Trotzdem: Ein klarer Fahrplan der Landesregierung ist auch in diesem Monat nicht erkennbar.

Wir als SPD-Fraktion haben ihm zahlreiche Vorschläge vorgelegt: Impfstrategie, Schulgipfel, Gesundheitsschutz im ÖPNV – wir müssen den Schalter umlegen hin zu einer Politik, die Infektionsgeschehen erst gar nicht entstehen lässt, geschweige denn ihm hinterherhinkt. Und auch wenn es gerade in den kalten Monaten schwerfällt, müssen wir die AHAL-Regeln (Abstand-Hygiene-Alltagsmaske-Lüften) weiterhin befolgen, um die hohen Inzidenzwerte nachhaltig zu senken.

Mit solidarischen Grüßen

We've Jobband

Heike Gebhard

Sebastian Watermeier

### Aus dem Landtag - Pandemiebekämpfung

# ÖPNV als Infektions-Hotspot? Wird das Ansteckungsrisiko im ÖPNV falsch eingeschätzt?



Wurde das Infektionsrisiko im ÖPNV bisher falsch eingeschätzt? Zwar seien bislang kaum Fälle bekannt, bei denen sich Menschen in Bus und Bahn mit Corona infiziert hätten. Dies könne aber auch daran liegen, dass Ansteckungsfälle im weitestgehend anonymen Nahverkehr kaum nachvollziehbar sind. Einige Ärzte gehen aufgrund von schlechter Belüftung und Enge sogar von einem deutlich erhöhten Risiko aus.

Gerade vor dem Hintergrund der steigenden Infektionszahlen, haben wir uns diesen Fragen in der vergangenen Woche in einer durch uns beantragten Aktuellen Stunde gewidmet.

**Drucksache 17 / 11725** 

## <u>Die Landesregierung muss jetzt</u> <u>ein Impfkonzept für SARS-CoV-2</u> <u>vorlegen!</u>

Die Zulassung eines Impfstoffs gegen SARS-CoV-2 rückt scheinbar näher. Nachdem der Bund eine Impfstrategie vorgelegt hat, wird es höchste Zeit, dass die NRW-Landesregierung nachlegt. Auch NRW braucht ein Konzept zur Impfumsetzung.

**Drucksache 17 / 11675** 

### <u>"Flickenteppich" Corona-</u> Testungen muss ein Ende haben!

Um der Pandemie planvoll zu begegnen, braucht NRW endlich eine flächendeckende Testinfrastruktur. Tests dürfen nicht nur als Aufzeichnung des Geschehens, sondern müssen auch als präventives Instrument zur Eindämmung des Virus genutzt werden. Die Landesregierung muss Expertinnen und Experten an einen Tisch holen, damit sie gemeinsam die bestmögliche Teststrategie für NRW erarbeiten.

### **Drucksache 17 / 11674**

### Bildung und Infektionsschutz zusammen denken!

Gesundheitsschutz kann nicht ohne Bildungsgerechtigkeit gedacht werden. Um beides sicherzustellen, ist die Landesregierung in der Pflicht, ein schlüssiges Konzept für Schulen und Kitas aufzustellen. Pädagogische und organisatorische Freiheiten sind dabei die Stichworte. Schulen und Kitas wissen oft selbst am besten, was sie brauchen.

**Drucksache 17 / 11655** 

### Frühkindliche Bildung bei steigenden Corona-Infektionszahlen

Frühkindliche Bildung während der zweiten Welle braucht Sicherheit für Familien, Kinder und Personal. Dafür braucht es landeseinheitliche Vorgaben, technische und pädagogische Unterstützung und einen klaren Orientierungsrahmen für Entscheidungen der örtlichen Gesundheitsämter. Unser 6-Punkte-Plan für den Gesundheitsschutz in Kitas fasst zentrale Aspekte zusammen.

#### **Download Kompaktinfo**

### Aus dem Landtag

### Versammlungsfreiheitsgesetz für das Land Nordrhein-Westfalen

Versammlungsfreiheit ist für ein demokratisches Staatswesen fundamental und nicht verhandelbar. Trotzdem haben sich Anforderungen an das Versammlungsfreiheitsgesetz seit 1953 geändert. Hinzu kommt die in den letzten Jahren festzustellende Entwicklung, dass Extremisten den Schutz ausnutzen, um sich ein Forum für gewalttätige Aktionen zu verschaffen.

Wir dürfen nicht zulassen, dass Extremisten im Allgemeinen, und insbesondere Gedenktage der deutschen Geschichte, wie den 9. November, für demokratiefeindliche Propaganda-Aktionen nutzen.

Wir haben einen entsprechenden Gesetzesentwurf eingereicht.

**Drucksache 17 / 11673** 



### Aus dem Landtag - Wertschätzung Beschäftigter

### <u>Arbeitsschutzkontrollgesetz muss</u> <u>jetzt kommen!</u>

Im Bund blockieren CDU und CSU das Arbeitsschutzkontrollgesetz von Arbeitsminister Hubertus Heil. Damit endlich auch in der Fleischindustrie flächendeckend menschenwürdige Arbeitsbedingungen herrschen, verlangen wir von Ministerpräsident Laschet der Blockadehaltung seiner Parteikollegen auf Bundesebene ein Ende zu setzen.

Mehr auf Seite 5

**Drucksache 17 / 11677** 

# Nachhaltige Industrie in NRW mit einer Landesbeteiligung bei ThyssenKrupp Steel

Damit NRW auch weiterhin starkes Stahlland bleibt, muss es Verantwortung übernehmen und sich mit mindestens 25 Prozent an der ThyssenKrupp Steel Europe AG beteiligen. Der Konzern ist ein wichtiger Stabilitätsanker in NRWs Stahlbranche.

**Drucksache 17 / 11676** 

# Eindämmung der Leiharbeit im Gesundheits- und Pflegebereich in Nordrhein-Westfalen!

Die Arbeit im Gesundheits- und Pflegebereich zeichnet sich durch viel Verantwortung und komplizierte Abläufe aus. Leiharbeit darf nicht als unzureichende Dauerlösung für akuten Personalmangel missbraucht werden. Wir haben der Landesregierung deutlich gemacht, dass sie sich im Bundesrat an der Initiative zur Abschaffung der Leiharbeit im Gesundheits- und Pflegebereich beteiligen muss.

**Drucksache 17 / 8784** 

## Corona zeigt: Mobile Arbeit ist plötzlich Alltag geworden!

Die Corona-Pandemie hat gezeigt: Mobile Arbeit ist häufiger möglich als gedacht. Berufliches und Privates kann durch sie besser vereinbar werden. Von zu Hause aus zu arbeiten führt aber auch nicht selten dazu, dass diese Grenze verschwimmt. Hierzu braucht es klare gesetzliche Regelungen. Im Bund stellen CDU und CSU sich quer. Die NRW-Regierung muss dieser Blockadehaltung entgegenwirken.

**Drucksache 17 / 11678** 

### Aus dem Wahlkreis

## "Dank verantwortungsbewusster Kommunalpolitik wird Gelsenkirchen immer smarter!"



Eine leistungsfähige und flächendeckende digitale Infrastruktur ist nicht nur in Zeiten von Home-Schooling und -Office eine zentrale politische Forderung. Der jährliche Smart City Index von Bitkom hat Gelsenkirchen nun zur drittsmartesten Stadt des Ruhrgebiets gekürt. Insbesondere im Bereich IT und Kommunikation, welcher Faktoren wie öffentliches WLAN, das Mobilfunknetz oder Breitband- und Glasfaserausbau umfasst, hat Gelsenkirchen eine besonders gute Figur abgegeben.

"Das Digital-Ranking zeigt deutlich, dass die Stadt Gelsenkirchen über eine hervorragende Digital-Strategie verfügt. Die Voraussetzungen hier in Gelsenkirchen sind optimal", summiert SPD-Landtagsabgeordneter Sebastian Watermeier. "Umso bedauerlicher ist es, dass die Landesregierung diese Strategie im Bereich des Infrastrukturausbaus weder würdigt, noch unterstützt. Anders kann man die Antwort auf unsere kleine Anfrage zum Ausbaustand von gigabitfähigen Netzen und dem mobilen 5G-Standard in Gelsenkirchen nicht verstehen", so Watermeier weiter.

Die Landesregierung hat in ihrer Antwort lediglich auf den Gigabitatlas sowie verschiedene Webseiten der Mobilfunkanbieter verwiesen. "Die

einzige inhaltliche Aussage der Antwort ist der Hinweis auf das Ziel, bis 2025 flächendeckende gigabitfähige Netze zu schaffen. Wie, das lässt die Landesregierung völlig offen. Gleiches gilt für den 5G-Ausbau", ergänzt die SPD-Landtagsabgeordnete Heike Gebhard. "Es gibt weder einen Plan noch eine Strategie, nur das altbekannte Vertrauen auf die privaten Betreiber der Netze. Das hat sich aber auch beim 4G-Ausbau nicht bewährt. So kann der Ausbau der digitalen Infrastruktur im Ruhgebiet nicht gelingen", führt Gebhard aus.

"Bei der digitalen Stadtentwicklung", ergänzt der Sprecher der SPD-Ratsfraktion für digitale Entwicklung, Taner Ünalgan, "ist es so, wie in vielen anderen Bereichen: Wenn man will, dass es klappt, muss man es selber machen. Die Vorreiterrolle der Stadt Gelsenkirchen in diesem Bereich ist vor allem auf Eigeninitiative zurückzuführen. Es ist gut, dass die Stadt trotz der begrenzten Ressourcen alles unternimmt, was in ihrer Macht liegt, um die Digitalisierung in Gelsenkirchen strategisch und nachhaltig voranzutreiben. Besser wäre es allerdings, wenn das Land gerade im Bereich der Infrastruktur stärker unterstützen würde. Wir als SPD-Ratsfraktion werden uns jedenfalls weiter zuverlässig um diesen wichtigen Standortfaktor kümmern, ohne jede neue Mode in diesem Bereich mitzumachen."

### Azubi-Ticket ist ein Erfolg - Ungleichbehandlung gibt es dennoch

In einer Pressemitteilung des NRW-Verkehrsministeriums freut sich Minister Hendrik Wüst über den Erfolg des landesweit eingeführten Azubi-Tickets und sieht sich in seinem Ziel bestätigt. Dazu erklären die Gelsenkirchener SPD-Landtagsabgeordneten Heike Gebhard und Sebastian Watermeier:

"Die erfreuliche Verdreifachung auf 15.000 Abonnements belegt, dass die Einführung des Azubi-Tickets eine längst überfällige Entscheidung gewesen ist. Uns stellt sich die Frage, weshalb der Verkehrsminister zwei Jahre hat verstreichen lassen, bis das Ticket angeboten worden ist. Parlamentarische Anträge aus unserer Fraktion, wurden grundsätzlich abgelehnt und mit weiterem Beratungsbedarf begründet. Als der Jugend-Landtag im Jahr 2018 mit breiter Mehrheit den Beschluss zur Einführung eines Azubi-Tickets an das Parlament richtete, führte auch für den Verkehrsminister nun kein Weg mehr daran vorbei. Die erste Etappe ist erreicht und das begrüßen wir auch, aber damit geben wir uns nicht zufrieden."

Die beiden Abgeordneten aus dem Ruhrgebiet kritisieren: "Die Preissystematik des landesweiten Azubi-Tickets trägt weiterhin zu einer Ungleichbehandlung bei. Zwar sanken die Kosten im Verkehrsverbund Rhein-Ruhr für das "NRWupgradeAzubi"-Ticket auf rund 80 Euro, der Beitrag für ein Semesterticket liegt aber weiterhin bei circa 50 Euro. Das macht eine Differenz von jährlich 360 Euro. Die Attraktivitätssteigerung von Ausbildungsplätzen hängt auch mit der Mobilitätsfrage zusammen. Azubis dürfen hier nicht außer Acht gelassen werden. Wir fordern daher die Landesregierung und insbesondere Verkehrsminister Wüst auf, sich für die Belange der Auszubildenden in NRW einzusetzen. Die Ungleichbehandlung muss ein Ende haben!"

### Poser und Raser in Gelsenkirchen – dauerhafte Kontrollen notwendig!



Die Gelsenkirchener Polizei hat ihre Maßnahmen zur Kontrolle der Raser und Poser Szene in den letzten zwei Jahren deutlich erhöhen müssen. Das geht aus einer Antwort der Landesregierung auf eine kleine Anfrage der SPD-Landtagsabgeordneten Sebastian Watermeier und Heike Gebhard hervor.

"Die Zahlen zeigen, wie groß der Handlungsbedarf bei der Verfolgung von Ordnungswidrigkeiten und Straftaten im Zusammenhang mit illegalen Rennen und Auto-Posern ist", erklärt Sebastian Watermeier. "Alleine dieses Jahr hat es bis jetzt wieder 30 Strafanzeigen gegeben, 2019 waren es 26", so Watermeier weiter.

Auch die Anzahl der aufgewendeten Personalstunden in den letzten zwei Jahren belege, wie massiv das Problem der Auto-Poser und der illegalen Rennen sei. "2019 hat die

Polizei 2.200 Stunden eingesetzt, dieses Jahr werden es mindestens genauso viele sein. Das ist zwar beeindruckend, zeigt aber auch, dass die eingesetzten Mittel anscheinend nicht ausreichen, denn die Beschwerden über die Poser haben ja nicht abgenommen", ergänzte Heike Gebhard.

Die Landtagsabgeordneten fordern deshalb zusätzliche Anstrengungen, um die Poser- und Raserszene zu bekämpfen. Es dürfe nicht nur Schwerpunktkontrollen an den bekannten Plätzen geben, die dann wiederum zu reinen Verdrängungseffekten an neue Orte führen. Es müsse auch in der Fläche kontrolliert werden. Die Polizei dürfe nicht nachlassen insgesamt den Druck auf die Szene zu erhöhen. Dafür sei eine verlässliche und ausreichende Personalstärke auch in den Abend- und Nachtstunden erforderlich. Die Landesregierung stehe dafür in der Verantwortung. "Poser und Raser dürfen sich in Gelsenkirchen nicht erwünscht und nicht ungestört fühlen", erklärten Watermeier und Gebhard abschließend.

Antwort der Landesregierung auf die Kleine Anfrage

### Arbeitsschutzkontrollgesetz in der Fleischindustrie muss jetzt kommen!

Bereits 2019 hat die Arbeitsschutzverwaltung in NRW im Rahmen einer Schwerpunktprüfung zahlreiche Rechtsverstöße aufgedeckt. Doch erst im Zuge der Corona-Pandemie weckten die Missstände das Interesse der breiten Öffentlichkeit. Die größten Probleme sehen die Gelsenkirchener Landtagsabgeordneten beim Gesundheitsschutz und den Bedingungen, unter denen Beschäftigte in der Fleischindustrie untergebracht werden. Der Missbrauch bei Leiharbeit und Werkverträgen gehört in der Branche zur Tagesordnung. Beschäftigte leiden unter schlechten Arbeitsbedingungen, sowie schlechter Entlohnung und wohnen in teilweise menschenunwürdigen Unterkünften.

In der einen Woche erklären die Vertreter der CDU im Ausschuss, dass sie kein Verständnis für die Verzögerungen auf Bundesebene hätten. In der anderen Woche vollzieht Arbeitsminister Laumann in der Plenardebatte zu einem Antrag der SPD-Fraktion zum Thema Arbeitsschutzkontrollgesetz in der Fleischindustrie eine überraschende Kehrtwende. Nach Laumanns Meinung müsste das Gesetz mehr Ausnahmen vorsehen, zum Beispiel für die fleischveredelnden Betriebe. "Damit ist der Arbeitsminister vor der Fleischlobby eingeknickt. Für die Beschäftigten in der Fleischindustrie sind das schlechte Nachrichten, weil Ausnahmen weiterhin schlechte Arbeitsbedingungen ermöglichen. Wir werden deswegen alles dafür tun, dass der Gesetzentwurf noch dieses Jahr und ohne Schlupflöcher verabschiedet wird.

Eigentlich sollte der Deutsche Bundestag den Entwurf eines Gesetzes zur Verbesserung des Vollzugs im Arbeitsschutz (Arbeitsschutzkontrollgesetz) bereits im Oktober 2020 beschließen. Doch CDU und CSU ließen das Thema kurzfristig von der Tagesordnung nehmen. Diese Blockadehaltung muss ein Ende haben! Dabei geht es um mehr Arbeitsschutz für die Beschäftigten in der Fleischindustrie. Die SPD hat – unabhängig von der Corona-Pandemie – schon frühzeitig auf die unerträglichen Zustände im fleischverarbeitenden Gewerbe hingewiesen.

Um die bekannten Schwächen des Systems nachhaltig zu beseitigen, brauchen wir das Arbeitsschutzkontrollgesetz jetzt und ohne weitere Verzögerungen. Deshalb fordern wir die Landesregierung auf, sich auf Bundesebene für die schnellstmögliche Verabschiedung dieses Gesetzes einzusetzen.

### Statt Altschuldenlösung:

### NRW-Landesregierung treibt Städte und Gemeinden in die Verschuldung



Durch die Corona-Pandemie brechen im Land die Steuereinnahmen ein. Das wiederum wirkt sich auch auf die Finanzmittel aus, aus denen die Städte und Gemeinden jedes Jahr vom Land finanzielle Zuweisungen erhalten. In der Summe steht dem Land für das sogenannte Gemeindefinanzierungsgesetz 2021, mit dem die Gelder an die Kommunen verteilt werden, rund eine Milliarde Euro weniger aus eigenen Steuereinnahmen zur Verfügung als von den Kommunen ursprünglich geplant worden ist.

Gemeinsam mit dem renommierten Finanzprofessor Martin Junkernheinrich hatte die NRW SPD-Fraktion mit Blick auf die zu erwartenden Einnahmeeinbrüche bereits vor einem halben Jahr ein Gutachten in Auftrag gegeben, der exakt die Summe ermittelte, um die die Einnahmen nun niedriger ausfallen.

"Unsere Prognosen haben sich bewahrheitet. Seit Mai fordern wir die Landesregierung deshalb kontinuierlich auf, die fehlenden Gelder aus dem Corona-Rettungsschirm des Landes aufzustocken. Dem haben sich Ministerpräsident Laschet und seine Kommunalministerin Ina Scharrenbach nun aber endgültig verweigert", so der SPD-Landtagsabgeordnete Sebastian Watermeier. Zwar will die Landesregierung die fehlende Summe im Gemeindefinanzierungsgesetz, mit dem die Steuermittel auf die Kommunen verteilt werden, aufstocken. Nach Vorstellung der Landesregierung soll die fehlende Milliarde den Kommunen allerdings lediglich als Kredit gewährt werden.

"Die Antwort der Landesregierung auf die Finanzprobleme der Städte und Gemeinden lautet also: weitere Schulden für unsere Kommunen. Und das bei einer ohnehin schon vorhandenen Verschuldung mit Kassenkrediten in Höhe von 543 Millionen Euro, allein in Gelsenkirchen", führt SPD-Landtagsabgeordnete Heike Gebhard aus. Das sei "hochgradig ungerecht und unseriös", da sich das Land für die eigenen Steuerausfälle selbst sehr wohl aus dem Corona-Rettungsschirm bediene.

Anstatt das bestehende Schuldenproblem der NRW-Kommunen mit landesweit insgesamt über 21,6 Milliarden Euro Kassenkrediten endlich durch eine Altschuldenlösung anzugehen, würden auf den riesigen Schuldenberg der Städte und Gemeinden nur weitere dicke Schippen drauf gesattelt, erläutern die Abgeordneten Watermeier und Gebhard. "Wir fordern die Landesregierung erneut auf, unsere Kommunen unter den Corona-Rettungsschirm zu nehmen und sie mit echten Finanzhilfen zu unterstützen anstatt sie immer weiter in die Verschuldung zu treiben."

\*\*\*

#### Hintergrund:

Über den Kommunalen Finanzausgleich erhalten die Kommunen 23 Prozent vom Aufkommen aus den sogenannten Verbundsteuern. Die Verteilung auf die Kommunen richtet sich insbesondere nach der jeweiligen Finanzkraft der 396 Städte und Gemeinden und 31 Kreise und wird über das Gemeindefinanzierungsgesetz jedes Jahr geregelt. Aufgrund der Corona-Krise sinken die Einnahmen aus den Verbundsteuern, weshalb auch der zu verteilende Anteil der Kommunen sinkt. Für Gelsenkirchen bedeutet das laut aktueller Modellrechnung des Gemeindefinanzierungsgesetzes eine Zuweisung von 396 Millionen Euro.



